Nr. 1 | 19. Februar 2021

AZB / 4001 Basel / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

45. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

BASLER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative unterschreiben!

Welche Konsequenzen sind zu ziehen aus den Niederlagen?

Es hat nicht sollen sein. Nach den unerfreulich verlaufenen Grossratswahlen gab es im 2. Wahlgang bei den Regierungsratswahlen leider kein Happy End. Die erhoffte bürgerliche Mehrheit wurde knapp verpasst, da unser Regierungsrat Baschi Dürr trotz beachtlicher Stimmenzahl vom 7. Platz im 1. Wahlgang auf den 8. gesetzt wurde. Präsident Luca Urgese analysiert und nimmt Stellung. Seite 3

Herzlichen Dank, Baschi Dürr!

Unser Regierungsrat Baschi Dürr wurde trotz ausgezeichnetem Leistungsausweis leider nicht wiedergewählt. Er hat für unseren Kanton und die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt grosse Leistungen vollbracht. Vielen Dank! Seite 4

Interview mit Grossratspräsident David Jenny

Der Grosse Rat hat den bisherigen Statthalter und FDP-Grossrat David Jenny mit 92 Stimmen zum Präsidenten für das neue Legislaturjahr gewählt. Wir gratulieren und fragen nach, wie er das Amt gestalten will. Seite 5

Es wird nicht einfach für die GR-Fraktion

Mit nur 7 Sitzen ist es für die Grossratsfraktion in den kommenden vier Jahren eine Herausforderung, Akzente zu setzen. Fraktionspräsident Erich Bucher sagt wie. Seite 6

Grossen Dank an verdiente Grossratsmitglieder

Mit dem Ende der Legislatur verabschieden sich eine Grossrätin und drei Grossräte von der Rathausbühne. Sie haben sich während Jahren für unsere liberalen Ideale eingesetzt und verdienen Dank und Anerkennung. Seite 6

Aufstehen, Staub abklopfen, nach vorne schauen!

Mit Neustart zurück zum Erfolg.

Bild: Dominique Juvet

Die Resultate der Wahlen sind eine Enttäuschung – und ein Weckruf.

Der Verlust des Sitzes im Regierungsrat ist ein Tiefschlag. Doch hadern bringt nichts. Wir müssen wieder lernen, für den Freisinn zu kämpfen. Und zwar jede und jeder Einzelne von uns. Es ist unsere Aufgabe, wieder aufzustehen, harte Selbstkritik zu üben und besser zu werden.

Mit einem neuen Führungsteam bekommt die Partei die Möglichkeit für einen Neustart. Lesen Sie in der vorliegenden Ausgabe, wie die Basler FDP diesen Neustart anpacken will und kann.

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Basler Freisinn, 4000 Basel, T: 061 313 50 40, E: info@fdp-bs.ch, www.fdp-bs.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–7 Basler Freisinn

8/9 Blueprints:
Wir halten unsere Taten fest

10/11 5G braucht mehr Schub

12 Jungfreisinnige sagen Ja
zum Indonesien-Abkommen

13 Mathias Bellwald ist
neuer Stadtpräsident in Brig

14 Vorschau auf
die Frühlingssession

15 FDP Urban mit neuem Elan

16 Freihandelsabkommen
mit Indonesien
hat Pioniercharakter

17 Andrea Caroni
zur Burkainitiative

18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter
im Interview

20/21 Digitale DV in Bern

22 Gastbeitrag von Philipp Eng

23 Vermischtes

Der Weg aus der Krise

Jetzt die Weichen für die Zukunft stellen

Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

1. Schützen: Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

2. Entschädigen: Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

3. Impfen: Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

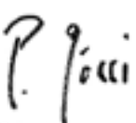
Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!



Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Was wir aus den Wahlen lernen müssen

Luca Urgese, Parteipräsident

Es ist passiert: Die FDP ist zum ersten Mal, seit es unseren Kanton gibt, nicht mehr in der Basler Regierung vertreten. Zusammen mit den drei Sitzverlusten bei den Parlamentswahlen ist dies – da gibt es nichts schönzureden – ein historischer Tiefpunkt für unsere Partei. Wir brauchen einen Neustart für eine freisinnige Trendwende. Ein paar Gedanken zur Zukunft der Basler FDP.

Wir alle sind vom Wahlergebnis enorm enttäuscht. Wir sind frustriert und ernüchtert. Aber wir sind entschlossen, dieses Tief zu überwinden. Für mich war am Wahlabend klar, dass wir nicht in Schockstarre verfallen dürfen. Ich habe gespürt, dass sehr viele von Ihnen das Bedürfnis hatten, uns Ihre Gedanken mitzuteilen. Deshalb haben wir sehr rasch eine Mitgliederumfrage lanciert. Die Ergebnisse der Umfrage bekräftigen mich darin, dass wir vor vier Jahren in vielen wichtigen Punkten den richtigen Weg eingeschlagen haben. Es gibt aber auch Punkte, denen wir zu wenig Beachtung geschenkt haben.

Ein personeller Neustart

Als Parteipräsident trage ich die Verantwortung für Erfolge, aber eben auch für Misserfolge der Partei. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Neustart der Basler FDP auch eine nach aussen sichtbare Veränderung braucht. Ich werde mich deshalb an unserer Generalversammlung vom 10. Mai nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stellen.

Die letzten fünf Jahre waren sehr intensiv. Wir haben vieles bewegt und erreicht. Wir haben die inhaltliche Positionierung der Partei geschärft. Wir haben konkrete Erfolge erzielt wie die Senkung der Einkommenssteuern, eine komplett digitale Steuererklärung oder eine mehrheitsfähige Lösung zur Liberalisierung des Gastgewerbegesetzes. Unsere Grossräte haben Unterstützungspakete für die Wirtschaft während der Corona-Krise mit ausgehandelt, die einstimmig angenommen wurden. Darauf lässt sich aufbauen.

Drei Handlungsfelder

Das neue Führungsteam wird die Strategie für die kommenden Jahre festlegen. Für mich zeichnen sich drei Handlungsfelder ab, die ich für unsere erfolgreiche Zukunft als besonders wichtig erachte: Erstens müssen wir die Wahrnehmung der FDP deutlich verbessern. Wir müssen unsere politischen Erfolge und unsere tollen Köpfe besser zur Geltung bringen. Zu sehr wurden wir in den letzten Jahren auf einzelne Themen und Personen reduziert. Zweitens leben wir im Freisinn eine offene, hochstehende Debattenkultur. Wir müssen dies nutzen, um Menschen zu gewinnen, die mit uns für die liberale Sache einstehen. Dabei müssen wir insbesondere in den Aufbau von Frauen investieren. Drittens müssen wir stärker als Team funktionieren. In einer Partei, in der wir das Individuum hoch gewichten, braucht das manchmal einen besonderen Effort.

In unserem Jubiläumsjahr haben wir ein Buch publiziert mit dem Titel «Für Freiheit kämpfen». Ein Leitmotiv unserer Parteigeschichte. In diesem Jahr gilt: «Für den Freisinn kämpfen». Nur gemeinsam können wir erfolgreich sein, nur zusammen gelingt uns die freisinnige Trendwende. Packen Sie mit uns zusammen an!

Luca Urgese
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt
Grossrat Grossbasel West

Veränderungen im Vorstand

Am digitalen Parteitag vom 18. Januar 2021 hat Parteipräsident **Luca Urgese** seinen Rücktritt auf die Generalversammlung vom 10. Mai 2021 bekannt gegeben. Er will sich nach den sehr intensiven 5 Jahren als Präsident auf sein Grossratsmandat mit Augenmerk auf Steuern und Finanzen konzentrieren. Zudem will er den Weg frei machen für neue Kräfte, welche die Basler FDP in den nächsten Wahlzyklus führen sollen. Auch Vizepräsidentin **Nadine Gautschi** wird sich an der kommenden GV nicht mehr zur Vorstandswahl stellen. Bereits per Ende 2020 ist **Christian Moesch** aus dem Vorstand ausgeschieden. **Edwin Tschopp** wird altershalber auf eine Wahl verzichten, aber vorerst weiter für die Zeitung *Basler Freisinn* wirken. **Titus Hell,** Präsident der Jungfreisinnigen, sucht ebenfalls eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Die übrigen Vorstandsmitglieder – inklusive **Baschi Dürr** – können sich vorstellen, weiter für die Basler FDP zur Verfügung zu stehen.

Findungskommission berufen

Der Vorstand hat eine Findungskommission berufen mit Personen von ausserhalb des Kantonalvorstandes. Sie sollen mögliche Kandidatinnen oder Kandidaten für Präsidium und Vorstand evaluieren und den Mitgliedern zur Wahl an der GV vom 10. Mai 2021 vorschlagen. Die Kommission besteht aus: **Mark Eichner,** Kleinbasel, Leitung; **Carol Baltermia,** Riehen; **Liselotte Henz,** Appellationsgerichtspräsidentin; **Isabelle Mati,** Grossbasel Ost; **Karin Sartorius,** Grossbasel West. Interessiert am Präsidium oder am Vorstand? Bitte melden Sie sich: info@fdp-bs.ch.

Vielen Dank, Baschi!

Abschied aus dem Regierungsrat

Die Nichtwiederwahl von Baschi Dürr wird über die FDP hinaus von vielen bedauert. Darunter hat es auch einige, die Krokodilstränen vergiessen. Auf jeden Fall verdient Baschi Dürr den herzlichen Dank der Partei, aber auch der Bevölkerung für das, was er während 8 Jahren als Regierungsrat im JSD, dem Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, geleistet hat.

Baschi Dürr muss gehen – trotz dem mit über 27000 Stimmen besten Basler FDP-Resultat seit 20 Jahren. Einerseits stand er zwischen den Blöcken, und die GLP – wie bei den Nationalratswahlen – konnte als «Profiteurin» ihre unverbrauchte Kandidatin platzieren. Andererseits musste er gehen, weil etwelche Leute – sogar zutiefst Bürgerliche – ihm die vielen Demonstrationen ankreiden. Wiederum andere fanden Polizeieinsätze zu hart. Wer objektiv ist, muss zugeben, dass es unmöglich ist, es allen recht zu machen. Als oberster Verantwortlicher des JSD steht man quasi automatisch mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit und der Medien als andere Regierungsverantwortliche.

Sehr guter Leistungsausweis

Als Baschi Dürr vor 8 Jahren das Departement von Vorgänger Hanspeter Gass übernahm, war er mit noch nicht ganz 36 Jahren der jüngste Regierungsrat seit 100 Jahren. Bereits vorher war er während 10 Jahren ein kompetenter und allseits geachteter Grossrat, der sich vor allem in der Finanzpolitik auszeichnete. Bald zeigte sich, dass die Vorschusslorberen nicht vergebens waren, denn er hatte das Departement schnell im Griff und begann, Zug um Zug die einzelnen Bereiche organisatorisch und personell zu verbessern. So erhielten alle Blaulichtorganisationen in den letzten Jahren neue Strukturen. Das JSD wurde zum Vorzeigedepartement in Sachen Umweltschutz (z. B. Teslas) und Digitalisierung. Auch in der Kriminalitätsbekämpfung gab es dank Schwerpunktbildung merkbare Verbesserungen.

Kein Populist, ein Macher

Ja, Baschi Dürr ist kein Populist, aber so unnahbar, wie manche ihn bezeichnen, ist er im täglichen Leben nicht. Im Gegenteil, der Vater von drei Söhnen steht mitten im Geschehen und hat immer ein offenes Ohr für Anliegen aller Art. Und einen feinen Sinn für Humor hat er auch.

Vorlagen gut vorbereitet

Er hat mit seinen Leuten im Departement alle Vorlagen für den Grossen Rat und alle ihn betreffenden Volksabstimmungen immer sehr sorgfältig und umfassend vorbereitet und durchgebracht. Ihm werden zu Recht Dossierfestigkeit und der Durchblick fürs Wesentliche attestiert.

Verzerrte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit?

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Baschi Dürr und sein Departement von einigen Medien nicht immer fair behandelt wurden. Erstaunlich deshalb, dass ihm nun alle bescheinigen, sein Departement gut, ja sehr gut geführt zu haben.

Vielen herzlichen Dank, lieber Baschi!

Auf jeden Fall darf Baschi Dürr sehr stolz sein auf das Erreichte. Er hinterlässt ein sehr gut aufgestelltes Departement, das den aktuellen Anforderungen gewachsen ist.

Wir von der Basler FDP sagen von Herzen vielen Dank, lieber Baschi, für alles, was du als Grossrat und Regierungsrat für unseren Kanton geleistet hast. Wir freuen uns auf weitere gemeinsame Aktivitäten mit dir.

Deine FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Persönliche Worte von Baschi Dürr

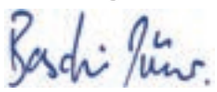
Liebe Freisinnige

Knapp verloren ist trotzdem verloren. So lässt sich das Resultat des zweiten Wahlgangs der Basler Regierungsratswahlen 2020 zusammenfassen. Selbstverständlich bin ich enttäuscht, nicht nur persönlich, sondern auch politisch: So nahe an einer bürgerlichen Regierungsmehrheit waren wir seit langem nicht mehr.

Gleichzeitig gratuliere ich den gewählten Mitgliedern des Regierungsrats sehr herzlich. The Winner takes it all!

Vor allem aber ist es mir ein grosses Anliegen, allen Mitgliedern der Basler FDP – und weit darüber hinaus – für das enorme Engagement herzlich zu danken. Unzählige Personen haben sich mit Zeit und Geld, Arbeit hinter und vor den Kulissen, mentaler und operativer Unterstützung und vielem mehr dafür eingesetzt, es möglich zu machen. Dass es trotzdem nicht ganz gereicht hat, ist letztlich zu akzeptieren.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Ja, wir müssen über die Bücher gehen. Aber nein, wir müssen hierfür unsere Werte nicht über Bord werfen. Ich bleibe tief überzeugt, dass wir mit der Freiheit, unserem Markenkern, auf die Gewinnerstrasse zurückfinden. Gerne werde ich mit meiner Erfahrung die neue Crew der Basler FDP tatkräftig unterstützen.



Ihr Baschi Dürr

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch

Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Inserieren Sie im Basler Freisinn

Ihre Anzeigen im Basler Freisinn werden beachtet. Zudem unterstützen Sie damit auch unsere Partei. Es sind verschiedene Formate möglich. Und für Parteimitglieder gibt es erst noch 20% Rabatt. Mehr zu den Preisen und den Formaten erfahren Sie bei: Edwin Tschopp, Telefon 079 676 51 01, Mail edtschopp@bluewin.ch.

David Jenny ist Grossratspräsident

Interview zum Start seines Präsidialjahres

David Jenny, unser Grossrat aus dem Wahlkreis Grossbasel Ost, ist den meisten FDPlern bestimmt bekannt. Er wurde vom neu zusammengesetzten Grossen Rat an dessen erster Sitzung zum Präsidenten für ein Jahr gewählt. Wegen Corona können wir das leider nicht gebührend feiern.

Basler Freisinn: *David Jenny, herzliche Gratulation zur Wahl als Grossratspräsident. Sie als bewährter Grossrat sind mit den Abläufen und Usanzen im Grossen Rat vertraut und wissen, was Sie zu tun haben. Inwiefern kann ein Präsident überhaupt Einfluss aufs Parlament ausüben?*
David Jenny: Politisch darf ein Präsident im Plenum keinen Einfluss auf das Parlament ausüben. Er darf bei seiner Verhandlungsführung nicht die eine oder die andere Seite bevorzugen. In Fraktionen und Kommissionen, soweit ein Präsident während seines Präsidialjahres Einsitz nimmt, darf und soll auch ein Präsident weiterhin politisch, aber nicht polemisch agieren.

Basler Freisinn: *Worauf werden Sie in Ihrem Amtsjahr das besondere Gewicht legen?*
David Jenny: Hoffentlich werden nur die ersten Monate meines Amtsjahres in besonderem Ausmasse von der andauernden Pandemie geprägt sein. Daher muss ich zwingend Gewicht darauf legen, dass die Arbeit des Grossen Rates auch unter diesen erschwerten Umständen so geführt wird, dass Entscheide in einem geordneten und sachgerechten Verfahren zustande kommen. Meine Amtsvorgängerin Salome Hofer hat dafür, zusammen mit dem Parlamentsdienst, die besten Voraussetzungen gelegt. In der zweiten Hälfte des Amtsjahres hoffe ich, unser Parlament und unseren Kanton auch in der Öffentlichkeit repräsentieren zu können. Da ich das Präsidium im ersten Amtsjahr einer Legislatur innehaben werde, ist mir auch die Integration der neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein wichtiges Anliegen.

Basler Freisinn: *Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat sind ja so, dass bereits wenige Abwesenheiten die eine oder andere Seite bevorteilen können. Wie gedenken Sie, Ihr Stimmrecht bei Pattsituationen einzusetzen?*
David Jenny: Stichentscheid bedeutet bei uns nicht eine Doppelstimme. Ich darf nur bei Pattsituationen abstimmen. Ich werde daher, wie dies auch meine Vorgängerinnen und Vorgänger gemacht haben, in aller Regel so abstimmen, wie ich es auch als «normaler» Parlamentarier getan hätte.

Basler Freisinn: *Der Grosse Rat gilt nicht gerade als diszipliniert. Wer auf der Tribüne sitzt oder im Netz schaut, staunt, wie das da manchmal zu- und hergeht. Wie behalten Sie einigermassen die Ordnung?*
David Jenny: Die Macht, Mitglieder des Grossen Rates an ihren Stühlen zu fesseln, ist mir nicht gegeben. Ich kann, wenn nötig, mit Glockengeläute um Ruhe bitten. Im Übrigen hat das Tagen unter Corona-Bedingungen zu einer gewissen Disziplinierung geführt.

Basler Freisinn: *Wird es Ihnen schwer fallen, als Präsident ein Jahr lang quasi politisch neutral bleiben zu müssen?*
David Jenny: Ich musste schon als Statthalter ein Jahr lang politische Neutralität ausüben. Somit werde ich auch das Präsidialjahr überstehen.

Basler Freisinn: *Ihr Vater war ein erfolgreicher FDP-Regierungsrat. Inwiefern hat Sie das persönlich und politisch geprägt?*
David Jenny: Dass mein Vater politisch aktiv war, war mir seit relativ früher Kindheit bewusst. Für den Nationalratswahlkampf 1967 wurden Fotos auf der Terrasse unserer damaligen Wohnung geschossen, daran erinnere ich mich. Für ein politisches Thema sensibilisiert hat mich erstmals der Abstimmungskampf um die Wiedervereinigung beider Basel 1969. Mein Vater war als letzter Präsident des Verfassungsrates sehr engagiert. Ab 1972 verfolgten wir die Regierungsratswahlen jeweils am Wahlsonntag zu Hause. Damals wurden die Resultate der einzelnen Wahllokale am Radio verkündet, und wir haben eifrig die Zwischenstände ermittelt. Dass zwischen Regierung und Parlament manchmal ein durchaus antagonistisches Verhältnis besteht, habe ich früh erfahren. Selber politisch aktiv wurde ich aber bewusst erst, nachdem mein Vater seine Karriere beendet hatte.

Basler Freisinn: *Als Grossratspräsident sind Sie naturgemäss an viele Anlässe eingeladen und müssen Reden halten. Werden Sie Ihr Arbeitspensum reduzieren? Und wie werden Sie es mit dem Gewicht halten?*
David Jenny: Wie viele Anlässe ich in meinem Präsidialjahr absolvieren darf, steht noch in den Sternen. Je länger grosse Einschränkungen bestehen, desto unwahrscheinlicher wird ein grosser Anstieg meiner Biomasse. Als Anwalt habe ich das Privileg, mein Arbeitspensum flexibel gestalten zu können.

Basler Freisinn: *Wir gratulieren zur Wahl mit dem super Resultat von 92 Stimmen und wünschen Ihnen ein erfolgreiches Präsidialjahr. Vielen Dank für das Gespräch.*

David Jenny ganz persönlich

David Jenny, 1960, verheiratet, Advokat, Partner in der Anwaltskanzlei VISCHER, Mitglied des Grossen Rates seit 1. Februar 2013. Im Grossen Rat war und ist er vor allem rechts- und wirtschaftspolitisch aktiv. Er war Präsident der Basler Advokatenkammer von 2010 bis 2013. Als Mitglied des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt ist er für Finanzen und Rechtliches zuständig. Für die Pfadi engagiert er sich seit Jahrzehnten auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene, zurzeit als Mitglied zweier Stiftungsräte. Für die Universität Basel setzt er sich als Vorsteher des Kuratoriums des Fonds zur Förderung von Lehre und Forschung der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft ein. Hobbys sind Wandern, Skifahren und Lesen.

Bereit für die neue Rolle

Erich Bucher, FDP-Fraktionspräsident

Mit nur noch 7 Mitgliedern im Grossen Rat und ohne eigenen Regierungsrat ändert sich die Rolle der FDP-Fraktion im Grossen Rat massiv. Eine ungewohnte Situation, denn nun sind wir nicht mehr Regierungspartei, sondern in der Opposition wie die Grünen/Basta und die SVP.

Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt hat sich in ihrer über 125-jährigen Geschichte immer als konstruktive, lösungsorientierte Kraft gezeigt und Verantwortung übernommen. Das wird auch weiterhin so sein. Aber wir haben nun als Opposition auch die Verantwortung, auf Fehler und falsche Anreize hinzuweisen und Alternativen vorzuschlagen.

Welche Art von Opposition?

Wir werden Anliegen unterstützen, die unseren Kanton weiterbringen und die zum Wohle der Bevölkerung sind. Unsere Leitthemen bleiben starke Wirtschaft, gute Ausbildung und ein schlanker, gut aufgestellter Staat – ohne dabei die Schwächeren auf der Strecke zu lassen. Aber wir werden sicher beim einen oder anderen Thema keine Rücksicht nehmen müssen und können unsere Meinung deutlicher vernehmen lassen. Wir werden eine mitgestaltendende und keine destruktive oppositionelle Kraft sein.

Mehr Arbeit für weniger Leute

Auf die Grossrätin und die sechs Grossräte kommt Mehrbelastung zu. Zwar haben wir weniger Kommissionssitze, alle müssen in zwei, einige gar in drei Kommissionen Einsitz nehmen. Da wir keine Vertretung im Regierungsrat mehr haben, fehlt der direkte Draht.

Wo sehe ich die Prioritäten?

Für die kommenden vier Jahre sehe ich folgende Prioriäten, die wir in der FDP-Grossratsfraktion anpacken und unterstützen wollen:

1. Bewältigung Pandemie: Gesundheit der Bevölkerung; Sicherung der Arbeitsplätze; Unterstützung der leidenden Gewerbebetriebe.

2. Finanzen und Steuern: Staatsfinanzen nach der Pandemie wieder ins Lot bringen – ohne Steuererhöhungen. Keine weitere Ausweitung des Staatshaushaltes und der Verwaltung.

3. Schulen und Ausbildung: Die schlechten Basler Resultate der interkantonalen Tests müssen zu Änderungen führen: Fokus auf die Hauptfächer Deutsch, Rechnen und 1. Fremdsprache. Bessere Lehrmittel beschaffen. Digitale Kompetenz für Lehrende und Lernende fördern.

4. Wirtschaft: Pharmaindustrie und Medizinaltechnik als Standbein bewahren; in Finanzindustrie diversifizieren; Logistik sichern; Förderung von Start-ups; lokales Gewerbe bewahren und nicht weiter vergrämen.

5. Gesundheit: Private und öffentliche Gesundheitsdienstleister gleich behandeln.

6. Digitalisierung: Beschleunigung der Projekte der Verwaltung und sicherstellen, dass die Synergieeffekte wirklich genutzt werden. Es muss für Kunden und Verwaltung spürbare Verbesserungen bringen.

7. Bau: Viele staatliche Bauprojekte sind verspätet und zu teuer (Bio-Zentrum, St.-Jakob-Halle, Theater, Kunstmuseum, AUE-Gebäude). Hinterfragen, ob es richtig ist, dass der Kanton als Total- oder Generalunternehmer auftritt.

8. Klimawandel: Statt zu verbieten, sind Technologien und Innovation zu fördern. Private brauchen Anreize, dann investieren sie auch.

9. Sozialpolitik: Massnahmen fördern, die geeignet sind, Benachteiligte in den Wirtschaftsprozess zu integrieren.

10. Alterspolitik: Erhaltung der Selbstständigkeit bis ins hohe Alter fördern.

11. Sicherheitspolitik: Für bürgernahe Polizei; Schwerpunkte bei Kriminalitätsbekämpfung.

12. Verkehrspolitik: Für eine faire, ideologiefreie Politik, die alle Verkehrsformen inkl. der Fussgänger berücksichtigt. Umsetzung Hafenbecken 3, Autobahnbypass A2/3, S-Bahn-System.

Tagespolitik bringt bestimmt Unerwartetes

Hier lässt sich natürlich nicht abschliessend alles festhalten. Wie die Erfahrung zeigt, muss man in der Politik flexibel reagieren, denn «unverhofft kommt oft» (wie Corona). Dabei werden wir uns aber von unserem liberalen Kompass leiten lassen und nicht ruhig bleiben.

Dank an ehemalige Grossratsmitglieder

Martina Bernasconi

Peter Bochsler

Christophe Haller

Christian Moesch

Mit der letzten Sitzung am 14. Januar 2021 war für diese vier Mitglieder der FDP-Faktion Schluss mit Politik im Grossen Rat. Die Basler FDP dankt ihnen sehr herzlich für den jahrelangen Einsatz. Wenn Corona es dann zulässt, werden wir uns selbstverständlich noch persönlich gebührend bedanken.

Martina Bernasconi: Sie kam vor vier Jahren von der GLP zur FDP-Fraktion. Sie blickt auf 20 Jahre in der Basler Politik zurück und sagt: *«Es war eine spannende, manchmal turbulente Zeit. 2017 nahm mich die FDP-Fraktion auf. Ich fühlte mich immer wohl und frei, das zu denken und zu sagen, was ich richtig fand.»*

Peter Bochsler: Das persönliche Ergebnis des bekannten Kleinbaslers war mit Listenplatz 3 gut, aber er muss wegen Sitzverlust nach insgesamt 24 Jahren zurücktreten. Zuerst engagierte er sich 16 Jahre für die DSP, dann 8 Jahre für die FDP. Er sagt: *«Ich bin zur FDP gestossen, weil nur eine starke Wirtschaft gute Sozialleistungen ermöglicht. Dafür steht die FDP ein.»*

Christophe Haller: Er ist ein FDP-Urgestein mit 16 Jahren im Grossen Rat und davor 10 Jahre im Basler Bürgerrat. Er fällt der Amtszeitbeschränkung «zum Opfer». Er meint: *«Ich hoffe, ich konnte einen kleinen Beitrag zum Wohlergehen der Bevölkerung leisten. Es war eine sehr reizvolle Erfahrung. Ich kann jungen Menschen nur empfehlen: Geht in die Politik – es ist eine äusserst bereichernde Tätigkeit.»*

Christian Moesch: Er muss mit gutem persönlichem Wahlergebnis aufhören, weil im Westen ein Sitz trotz mehr Gesamtstimmen knapp verloren ging. Zu seiner Erfahrung sagt er: *«Auch wenn ich nur 5 Jahre im Grossen Rat politisieren durfte, so habe ich doch einige wichtige Vorstösse zu Wirtschaft, Verkehr und Kultur auf den Weg gebracht. Politik bedeutet eben auch, dass man mitgestalten darf und muss.»*

Digitaler Parteitag

1. Parteitag vom 18. Januar 2021

Digital statt persönlich

Am Montagabend, dem 18. Janaur 2021, begrüsste Präsident Luca Urgese rund 50 Mitglieder zur 1. Parteiversammlung des Jahres. Pandemie-bedingt mussten wir auf den traditionellen Neujahrsapéro und das gesellige Beisammensein verzichten und uns per Zoom am Computer oder am Smartphone «treffen». Trotz der zahlreichen Teilnehmenden ging der Anlass gut über die digitale Bühne.

Wahlanalyse und Rücktritt von Luca Urgese

Als Erstes nahm Präsident Luca Urgese die Kurzanalyse der Regierungsratswahlen vor. Er dankte Baschi Dürr für seine grosse Arbeit für Kanton und Partei. Er bedauerte sehr, dass wir nun ohne Regierungsratssitz sind.

Die Resultate der digitalen Mitgliederumfrage werden durch den Vorstand analysiert. Wichtige Schlüsse werden in die Parteiarbeit im Hinblick auf die Wahlen 2023 und 2024 einfliessen.

Die Umsetzung wird aber im Wesentlichen unter dem neuen Präsidium stattfinden, denn Luca Urgese tritt nach 5 Jahren als Präsident per GV am 10. Mai zurück. Für die Suche des neuen Präsidiums setzt der Vorstand eine Findungskommission ein (siehe Seite 3).

Präsentationen zu den Parolenfassungen

Im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen vom 7. März 2021 wurden drei Präsentationen zu den Vorlagen digital gezeigt, und die Beschlüsse erfolgten mit einem neuen Abstimmungstool, das erfreulich gut funktionierte.

Ja zum «e-ID-Gesetz»

Stellvertretend für Fraktionspräsident Erich Bucher präsentiert Grossrat David Jenny die Argumente, welche für die Annahme des e-ID-Gesetzes (elektronische Identität) sprechen. Mit dem e-ID-Gesetz werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen für eine staatlich anerkannte Schweizer e-ID. Das ist höchste Zeit, denn immer mehr Menschen, Behörden und Unternehmen sind online. Sie brauchen eine zweifelsfreie Identifikation im Internet. Bundesrat, Parlament, Kantone und Wirtschaft stehen klar hinter dem e-ID-Gesetz. Es ist eine reine Schweizer Lösung, die Identifizierungsdienste ausländischer Techkonzerne fallen weg. Die geprüfte und sichere elektronische Identität ersetzt Passwörter und Logins. Damit lassen sich Amtsgeschäfte erledigen, Verträge abschliessen, Altersprüfungen vornehmen ohne zeitraubende Umwege wie Ausdrucken, Kopieren, Einscannen. Mit sehr grossem Mehr fasst die Versammlung die Ja-Parole zum Bundesgesetz über e-ID.

Ja zum Abkommen mit Indonesien

Vorstandsmitglied Patrick Erny stellt für die Referendumsabstimmung zum EFTA-Abkommen mit Indonesien das Für und Wider vor. Als Hauptpunkte gegen das Abkommen werden genannt: Abholzung zwecks Palmölgewinnung; Verluste für Schweizer Bauern; grundsätzlich gegen jegliche neue Freihandelsabkommen (Mercosur etc.). Dem stehen Vorteile gegenüber wie: Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile; Meilenstein der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik; Abbau von Handelshürden und Zöllen; richtiger Zeitpunkt für die Corona-gebeutelte Wirtschaft. Mit sehr grossem Mehr stimmen die Mitglieder für die Ja-Parole.

Nein zur «Burka-Verbots-Inititiative»

Die Jungfreisinnige Milena Vidali stellte Pro und Contra zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» vor. Von den Befürwortern werden unter anderen als Argumente aufgeführt: Freie Menschen zeigen Gesicht; Gesichtsverhüllung ist Ausdruck der Frauendiskriminierung; Gefährdung von Sicherheit und Ordnung; kein Konflikt mit Religionsfreiheit. Auf der Gegnerseite wird vor allem argumentiert: Es besteht kein Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft; es wäre ein übermässiger Eingriff ins Selbstbestimmungsrecht von Frauen; religiöser Zwang wird nicht verhindert; diskriminiert eine Gruppe; es betrifft wenige Personen (100 bis 200); Details gehören nicht in Verfassung; widerspricht freisinnigen Werten. Milena Vidali empfiehlt die Nein-Parole. Dem folgte die Versammlung mit grossem Mehr.

Parolen

Wir empfehlen Ihnen diese Parolen für die Abstimmungen vom 7. März 2021:

Volksinitiative vom 15. September 2017
«Ja zum Verhüllungsverbot» **Nein**

Bundesgesetz vom 27. September 2019 über **elektronische Identifizierungsdienste** **Ja**

Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des umfassenden **Wirtschaftspartnerschaftsabkommens** zwischen den EFTA-Staaten und **Indonesien** **Ja**

Agenda

Montag, 10. Mai 2021
2. Parteitag 2021 mit Generalversammlung
(Rechnung, Budget, Wahlen Präsidium und Vorstand)

Montag, 16. August 2021
3. Parteitag 2021

Montag, 25. Oktober 2021
4. Parteitag 2021

Tragen Sie die Termine in Ihre Agenda ein. Wir hoffen, dass bis dann die Pandemie vorbei ist und wir uns wieder persönlich treffen können.

Brennende Themen?

Haben Sie ein Thema, ein politisches Anliegen, das Sie gerne durch den Vorstand und eventuell die Fraktion behandelt hätten? Zögern Sie nicht, uns das mitzuteilen. Wir sind offen für jedes Thema und nehmen Ihre Anregungen gerne entgegen unter info@fdp-bs.ch.

Diese FDP-Mitglieder sind für Kommissionen nominiert

FDP-Grossratsmitglieder in GR-Kommissionen: **David Jenny:** Grossratsbüro und GR-Präsidium; Bildungs- und Kulturkommission (BKK); Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK); **Beat Braun:** Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK); Begnadigungskommission; **Erich Bucher:** Geschäftsprüfungskommission (GPK), PUK Biozentrum; Regiokommission (RegioKo); **Mark Eichner:** Finanzkommission (FKom); Disziplinarkommission für Gerichte und Staatsanwaltschaft; **Karin Sartorius:** Gesundheits- und Sozialkommission (GSK); Petitionskommission mit Kommissionspräsidium; **Luca Urgese:** Wirtschafts- u. Abgabekommission (WAK); Spezialkommission Klima. **Andreas Zappalà:** Bau- und Raumplanungskommission (BRK); Wahlvorbereitungskommission.
FDP-Vertretungen in ratsexternen Gremien: **Beatrice Haller:** Erziehungsrat; **Peter Bochsler:** Kommission für Denkmalsubventionen.

Folge der blauen Linie

Neue Plattform Blueprints.ch

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website www.blueprints.ch listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse info@blueprints.ch gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO_2-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

Ja zum CO_2-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO_2-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO_2-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.

Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

«Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G? Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

Was bringt 5G der Schweiz? Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

Wie profitieren Privatpersonen? Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technolgie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so überall arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

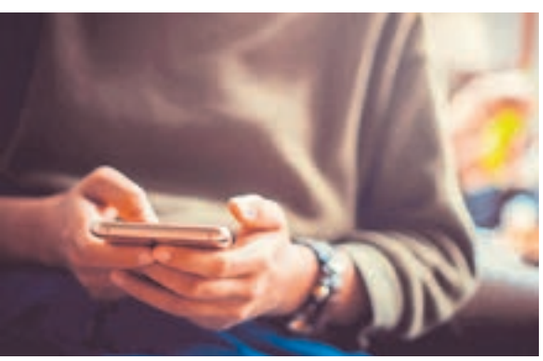
Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren? Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

Was muss jetzt passieren? Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz? Wenn man tatsächlich vorwärtsmachen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheiden liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

Interview: Marco Wölfli



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblockierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

Marco Wölfli

Unterschriftenjagd am Zürichsee

FDP Stäfa sammelt 200 Signaturen in kurzer Zeit

Damit die Renteninitiative das Sammelziel von 100 000 Unterschriften erreicht, braucht es auch die Mithilfe der Ortsparteien. In Stäfa haben sich Ortsparteipräsidentin Ursula Tschanz und ihre Mitstreiter mit Erfolg auf die Strasse gewagt.

Die Renteninitiative, die von den Jungfreisinnigen initiiert wurde, hat in den letzten Wochen stark an Fahrt gewonnen. Mittlerweile sind rund 65 000 Unterschriften gesammelt worden und das Ziel rückt näher. Neben den Sektionen der Jungfreisinnigen zählen die Initianten auch auf das Engagement der Ortsparteien. Diese können sich von den Kantonalsektionen oder vom Initiativkomitee instruieren lassen und unkompliziert loslegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die FDP Stäfa. Die Ortspartei vom Zürichsee ging im Januar und im Februar zweimal auf die Strasse und sammelte erfolgreich Unterschriften. Für die Ortspartei sei dies eine tolle Erfahrung gewesen, sagt Präsidentin Ursula Tschanz: «Dank der Organisation unserer Aktuarin Corina Bubb waren wir mit Stellwänden, Tischen und Unterlagen ausgerüstet. Zusammen mit dem guten Standort beim Eingang eines Detailhändlers hatten wir optimale Voraussetzungen.»

Pandemie ist kein Hinderungsgrund

Die Mitglieder der FDP Stäfa, die im Einsatz standen, machten aus der Unterschriftensammlung einen internen Wettbewerb und liessen niemanden ohne direkte Ansprache passieren. «Es braucht einen gewissen Sportsgeist, damit die Zeit gut genutzt wird und die Leute tatsächlich unterschreiben», erzählt Tschanz. Bis die Stäfnerinnen und Stäfner tatsächlich unterschrieben, war teilweise einiges an Überzeugungsarbeit nötig. Tschanz und ihre Mitstreiter erklärten die Stossrichtung der Renteninitiative und weshalb so viel Handlungsbedarf herrscht. «Viele Passanten schätzten den Austausch sehr und wir wurden auch für unsere Präsenz gelobt. Insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau stiess auf Interesse», so Tschanz. Die Reaktionen hätten gezeigt, dass eine Unterschriftensammlung nicht nur der Initiative hilft, sondern auch der Partei Sichtbarkeit verschafft. «Für den Erfolg müssen sich die Freisinnigen auf die Strasse begeben, den Dialog suchen und Engagement zeigen», lautet die Bilanz der Ortsparteipräsidentin. Auch Corona sei nicht zwingend ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung, ist Tschanz überzeugt: «Die Leute kamen teils mehrmals vorbei und freuten sich, über ein anderes Thema zu sprechen und sind hungrig nach Gesprächen und Informationen. Selbstverständlich muss man sich seriös vorbereiten und alle Schutzmassnahmen einhalten.»

Ursula Tschanz initiierte die Unterschriftensammlung.

Passende Argumente vorbringen

In Stäfa konnten Tschanz und ihr Team eher ältere Personen für das Thema Altersvorsorge sensibilisieren. Das sei etwas enttäuschend gewesen, schliesslich sind ja gerade Junge von einer überschuldeten AHV stark bedroht. Die Erfahrung auf der Strasse habe auch gezeigt, dass man je nach Ansprechperson andere Argumente in den Vordergrund stellen muss. «Einigen sieht man schon an, ob sie eher auf finanzpolitische oder sozialpolitische Argumente ansprechen, und meistens stiessen wir damit auf Interesse», erzählt Tschanz lachend. Die FDP Stäfa hat an ihrem Engagement Gefallen gefunden und wird sicher auch am 27. März wieder Unterschriften für die Renteninitiative sammeln. Präsidentin Ursula Tschanz kann die Erfahrung anderen Sektionen deshalb nur weiterempfehlen und appelliert an die Ortsparteien: «Nutzt diese Chance. Der Aufwand ist gering, es fördert den Zusammenhalt in der Partei und macht erst noch Spass.»

Marco Wölfli

Darum geht's bei der Renteninitiative

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will die Altersvorsorge nachhaltig finanzieren. Dafür sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie z. B. bei der Mehrwertsteuer.

Im Stockalperpalast tagt die Stadtregierung von Brig.

Freisinniger Schlossherr in Brig-Glis

Mathias Bellwald ist neuer Stadtpräsident

Der Bauunternehmer Mathias Bellwald ist der zweite FDP-Stadtpräsident in der Geschichte des Oberwalliser Zentrums. Nach einem intensiven Wahlkampf will Bellwald die gute Finanzlage bewahren und Brig-Glis mit einem neuen Bahnhofplatz samt neuem Quartier einen Schub verleihen.

Der Stockalperpalast ist das auffälligste Wahrzeichen von Brig-Glis. Das Schloss, das einst vom einflussreichen Unternehmer Kaspar Stockalper vom Thurm errichtet wurde, dient unter anderem als Rathaus der Stadt Brig-Glis. Seit Anfang Jahr ist Mathias Bellwald neuer «Schlossherr» im Stockalperpalast. Der Freisinnige wurde letzten Herbst von der Bevölkerung (Brig, Glis, Gamsen, Brigerbad) zum neuen Stadtpräsidenten gewählt. Nachdem Bellwald die letzten sechs Jahre als Stadtrat (Exekutive) amtete und dabei die Ressorts Alter, Gesundheit, Soziales sowie Infrastruktur führte, war die Zeit reif für die Kandidatur als Stadtpräsident. «Es war der richtige Zeitpunkt», sagt Bellwald. «Der bisherige Stadtpräsident Louis Ursprung trat nicht mehr an, und in den Stadtratswahlen holte ich das beste Ergebnis aller Kandidierenden.» Dadurch sah sich Bellwald genügend getragen durch die Bevölkerung und setzte sich in zwei Wahlgängen durch. Zuletzt in einer Stichwahl gegen CSP-Kandidat Patrick Amoos. Somit erstreckte sich für Bellwald der gesamte Wahlkampf über vier Monate. Das sei eine schöne, aber intensive Zeit gewesen, meint er. Ein Lob spricht er seinen Konkurrenten aus: «Der Wahlkampf verlief äusserst fair. Das habe ich geschätzt.»

Zahlreiche Glückwünsche

Aufgrund der Pandemie-Situation fielen grössere Veranstaltungen weg. Der Wahlkampf beschränkte sich auf Begegnungen auf der Strasse und im digitalen Raum. Bellwald betont aber auch, dass der Leistungsausweis entscheidend sei. Wer in den Jahren zuvor nicht gut gearbeitet habe, könne das nicht in wenigen Wochen Wahlkampf kompensieren. Eine erfreuliche Folge der Wahl waren die zahlreichen Gratulationen, die Bellwald in diesem Ausmass nicht erwartet hatte. «Das grosse Echo hat mich wirklich überrascht. Es gab auch Glückwünsche der Stadtpräsidenten von Bern und Domodossola und viele weitere.» Dass im Oberwallis, wo CVP, SVP CSP die Politlandschaft dominieren, ein FDP-Kandidat ein derart gutes Resultat erreicht, ist nicht selbstverständlich. Bellwald ist der zweite freisinnige Stadtpräsident in der Geschichte von Brig-Glis. Der andere war Peter Planche, der das Amt von 1996 bis 2000 innehatte. Mit ihm hat sich Bellwald bereits ausgetauscht. «Er riet mir, mich auf den gesunden Menschenverstand zu verlassen.» Zu hoffen ist, dass sich das gute Ergebnis des FDP-Kandidaten Bellwald auch bei den kantonalen Wahlen am 7. März positiv auswirkt.

Bellwald bleibt dem Bau treu

Seit Bellwald sein Amt zu Jahresbeginn angetreten hat, fanden bereits einige Sitzungen des Stadtrats statt. Aufgrund von Corona kam der politische Betrieb erst langsam in die Gänge. Den Stadtpräsidenten stört das nicht: «Ich konnte mir einen Gesamtüberblick verschaffen, da ich als Präsident nun auch das grosse Ganze im Blick haben muss.» Daneben ist er neu auch für die Stadtfinanzen verantwortlich. Aufgrund der guten Finanzlage Brig-Glis eine nur vermeintlich einfache Aufgabe. «Unsere erfreuliche finanzielle Situation weckt natürlich Begehrlichkeiten und es muss genau geprüft werden, dass das Geld sinnvoll investiert wird», betont Bellwald.

Mathias Bellwald verfügt in Brig über viel Rückhalt.

Für das Amt des Stadtpräsidenten ist in Brig-Glis ein Pensum von 50 Prozent vorgesehen. Bellwald wird also weiterhin teilweise im familieneigenen Bauunternehmen tätig sein, wobei der Inhaber einige Aufgaben bereits abgegeben hat. Die Erfahrungen aus der Baubranche seien nur beschränkt auf die Politik übertragbar, sagt er: «Auf dem Bau wird entschieden, dann wird gemacht. In der Politik müssen mehr Interessen berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz bin ich überzeugt, dass der Gemeinde die Unternehmer-Sicht guttut.» Bellwalds Expertise als Bauunternehmer könnte auch bei einem der grössten Geschäfte nützlich sein, die dieses Jahr anstehen. Die Sanierung des Bahnhofplatzes sowie die Planung des neuen Quartiers Bahnhof West, das dem Volk vorgelegt wird. Daneben ist Bellwald auf den Austausch mit den vielen Bildungsinstitutionen, die in Brig-Glis angesiedelt sind, gespannt, darunter die Fernfachhochschule Schweiz oder das Leistungssportzentrum NLZ am Kollegium Spiritus Sanctus. «Neue Begegnungen, auch mit Bereichen, die ich vorher nicht kannte, sind sicher ein spannender Teil meines neuen Amtes», freut sich Bellwald auf künftige Begegnungen, die hoffentlich bald wieder möglich sind.

Marco Wölfli

Weg zurück zur Normalität

Frühlingssession vom 1. bis 19. März

Die Frühlingssession scheint, zumindest was die traktandierten Geschäfte anbelangt, ein Schritt zurück zur Normalität zu sein. Auch wenn es diese Session einige Corona-bedingte Vorlagen zu beraten gilt, liegt der Fokus wieder stärker auf den restlichen politischen Brennpunkten – ein gutes Zeichen.

Nun bereits ziemlich genau seit einem Jahr hat uns die Corona-Krise fest im Griff und es scheint kaum ein Ende zu nehmen. Auch wenn mit der gestarteten Impfkampagne ein Ausweg absehbar ist, ist unser Alltag weiterhin stark eingeschränkt und es fühlt sich alles andere als normal an. Schaut man sich jedoch an, was uns in der kommenden Frühlingssession erwartet, sieht man Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück zur Normalität zeigt sich u. a. bei der Traktandierung vieler Volksinitiativen wie der Justizinitiative, der Initiative für das Verbot von Tabakwerbung oder die 99%-Initiative der Juso, die viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Inhaltlich gibt es aber noch einige andere Schwerpunkte, die für die FDP von grosser Relevanz sind:

Vorsorge

Nach der zweimaligen Verschiebung der Beratung der AHV 21 in der Herbst- und Wintersession 2020 steht der Erstberatung im Ständerat in der Frühlingssession hoffentlich nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemachen.

Transparenz

Der Ständerat hat in der Wintersession den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative aus seiner Staatspolitischen Kommission verabschiedet. Auf Antrag der FDP (SR Müller) wurden die Offenlegungspflichten für Kampagnenkomitees verschärft. Im Gegensatz zu den Initianten der Transparenzinitiative, die vor allem die politischen Parteien und die grossen Komitees (der Wirtschaft) treffen wollen, will die FDP für gleich lange Spiesse unter allen politischen Akteuren sorgen. Im Nationalrat wird es nun darum gehen, diesen Erfolg zu wiederholen und mit einigen Präzisierungen z. B. bei der Offenlegung von Mandatsabgaben eine Mehrheit zu erreichen. Zumindest die Beschlüsse aus der vorberatenden Kommission stimmen optimistisch.

Agrarpolitik

In beiden Räten wird es in der Frühlingssession zu wichtigen Beschlüssen zur Zukunft der Agrarpolitik kommen. Im Nationalrat ist die AP 22+ traktandiert, die die zukünftige Strategie in der Agrarpolitik definieren soll. Nachdem der Ständerat im Winter die Sistierung beschlossen hat, muss sich nun die grosse Kammer zur gleichen Frage positionieren. Im Ständerat liegt der Fokus auf dem informellen Gegenvorschlag zu den beiden Agrarinitiativen (Trinkwasser, Pestizidverbot). Bei der Differenzbereinigung stehen vor allem die Offenlegungspflicht bei Dünger und Futtermittel sowie der Schutz der Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen im Fokus. Die Vorlage ist speziell mit Blick auf die Volksabstimmungen zu den beiden Agrarinitiativen im Sommer 2021 von grosser Relevanz.

Beat Walti
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Noch vor den verschärften Corona-Massnahmen trafen sich Vertreter von FDP Urban in Bern.

Für eine liberale Stadtpolitik

FDP Urban will 2021 Netzwerk vergrössern

Die Berner haben gerufen, und viele sind gekommen. Letzten Herbst führte FDP Urban im Raiffeisenforum Bern, in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus, den Parlamentarieranlass 2020 durch. Die verschiedenen Referenten zeigten auf, welche Herausforderungen sich in den Städten der Zukunft stellen.

Das Auftaktreferat von Paul Schneeberger vom Schweizerischen Städteverband zum Thema «Wie verändert das Coronavirus die Mobilität?» führte zu einer regen Diskussion unter den liberalen städtischen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz. Gemäss Schneeberger braucht es vermehrt umfassende Mobilitätskonzepte. Die Heimarbeit dürfte in der Dienstleistungsindustrie von der Ausnahme zur Regel werden, und obwohl der kollektive Verkehr das Rückgrat in den Metropolräumen bleiben wird, ist die Zukunft der übrigen Mobilitätsgrundversorgung völlig offen. Schneeberger plädierte dafür, die Vergangenheit nicht einfach fortzuschreiben, sondern in Szenarien zu denken und Experimente und Reallabors zu wagen. Wir müssen uns politisch in den Städten auf weitere «Umverkehrsinitiativen» («Bäume statt Asphalt») einstellen, die eine gute Erfolgschance haben dürften. Elisabeth Glas (Zug) und Andreas Zappalà (Basel) ergänzten die Ausführungen zur Mobilität mit Gedanken zu einem «Post-Corona-Stadtmodell» zum Wohnen in der Stadt nach der Pandemie.

Referat zu 5G

Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs Swisscom, führte unter dem Titel «Konnektivität» in die Diskussion um 5G als Telekommunikationsstandard der Zukunft ein und beleuchtete die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Zu 5G hat die FDP Urban-Arbeitsgruppe «Smartes Stadtleben» unter der Leitung von Elisabeth Schoch (Zürich) mehrere parlamentarische Vorstösse ausgearbeitet, die schweizweit in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Es geht um die Förderung des 5G-Ausbaus, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen und Risiken der neuen 5G-Technologie und die Forcierung kantonaler Anstrengungen rund um diese neue Technologie.

Im dritten Teil referierten Raphael Tobler, CEO der Eduwo und Präsident der Swiss Startup Association, und Urs Hofer (Winterthur) über die Standortförderung der Zukunft. Die von Urs Hofer in Winterthur lancierte und vorgestellte Idee eines Start-up-Fonds wurde rege und kontrovers diskutiert, namentlich zur Rolle des Staates. Auch hierzu wurde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet.

FDP Urban-Netzwerk soll wachsen

Der Anlass machte deutlich, wie wichtig überregionale Diskussionen unter den FDP-Stadtvertreterinnen und -vertretern sind und welchen Nutzen wir gegenseitig aus unseren Erfahrungen ziehen können. FDP Urban spielt diesbezüglich eine wichtige Scharnierrolle zwischen den politischen Akteuren in den grossen Schweizer Städten.

Für das Jahr 2021 haben sich die Mitglieder von FDP Urban zum Ziel gesetzt, die Vernetzung zwischen den grössten Schweizer Städten weiter zu fördern – mittels gemeinsamer Vorstösse, der Weiterentwicklung der Kernthemen und der Organisation von Anlässen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz intensiviert und das FDP Urban-Netzwerk durch weitere Städte ergänzt werden – insbesondere Richtung Romandie.

Roger Dornier und Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz FDP Urban gegründet. Mitwirkung ist für alle Interessierten möglich in unseren Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smartes Stadtleben».
www.fdp-urban.ch

Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streitschlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südostasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unterstützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

Christa Markwalder, Nationalrätin BE,
Mitglied Aussenpolitische Kommission

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen. (Bild: iStock/SeventyFour)

Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskottchen!

Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.

«Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

Wofür braucht es eine E-ID? Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell? In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Personen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermassen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage? Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegnen Sie diesem Vorwurf? Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden? Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht? Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

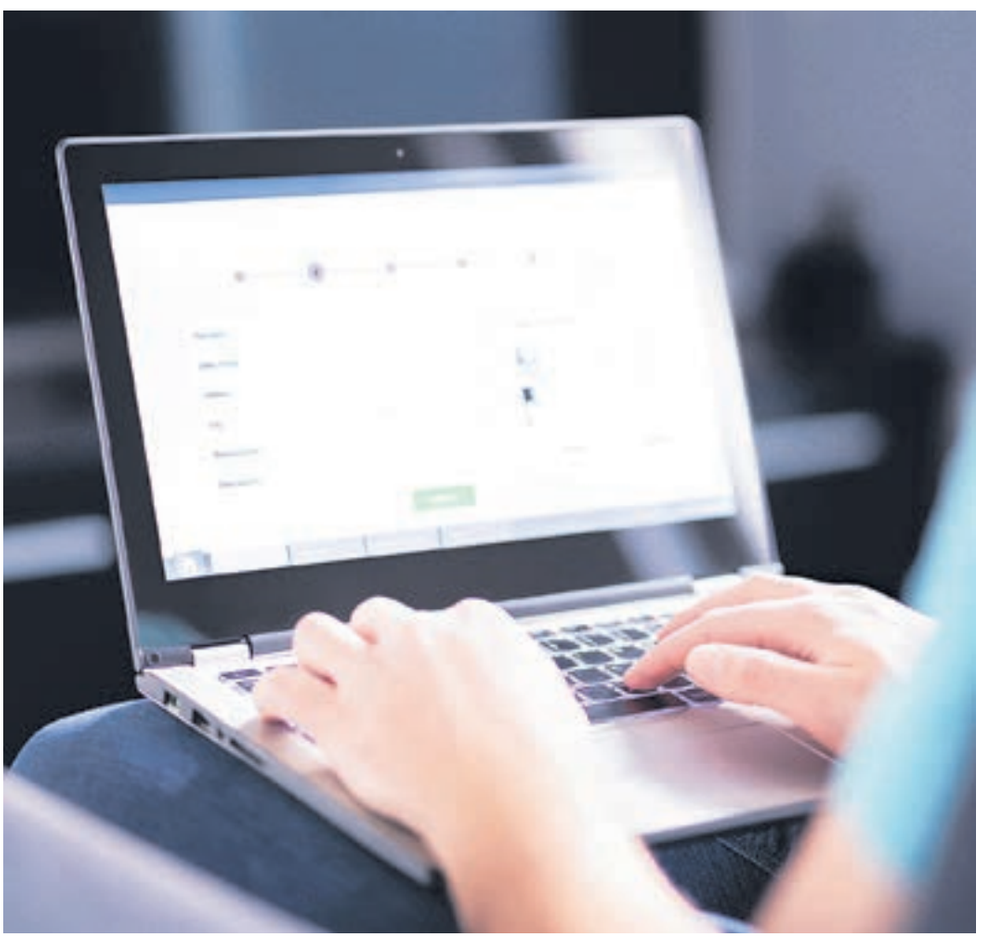
Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger? Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

Was geschieht bei einem Nein zur E-ID? Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus? Der Bundesrat wird möglichst rasch die technischen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen? Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

Interview: Marcel Schuler



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.

Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten. (Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest. **Karin Müller**

Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.

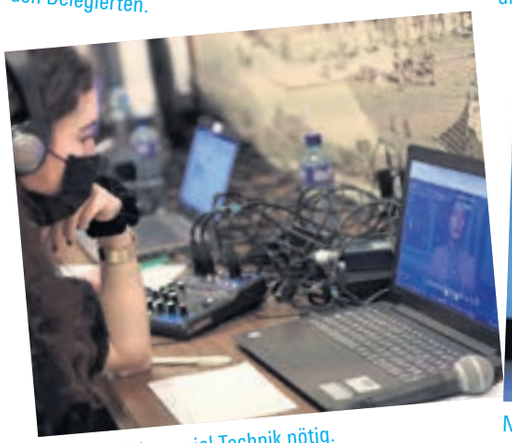
Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.

Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.

Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.

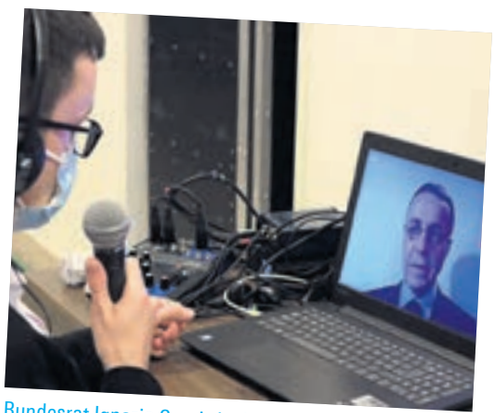
Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.

Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



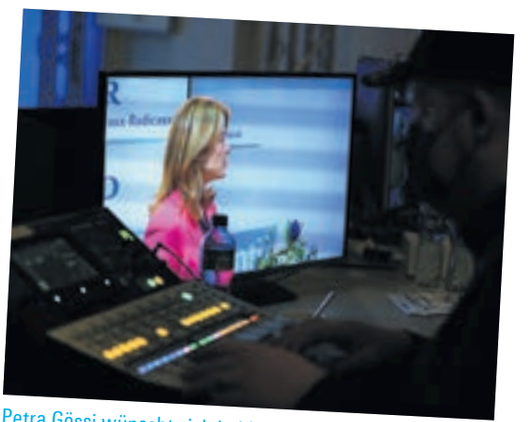
Für die E-DV war viel Technik nötig.

Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.

Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbotes rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtsverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

«Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Fasnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtsverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

«Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument, man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Verfechter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

«Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtsverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

Philipp Eng
Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern
Präsident Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

NEIN — **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»**

JA — **Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)**

JA — **Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschafts-abkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien**

AGENDA

3. Juli 2021
Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021
Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021
Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.

FDP
Die Liberalen
Eine starke Partnerschaft für nachhaltigen Handel.
JA
zum Abkommen mit Indonesien
www.indonesien-ja.ch